

HITLERS MACHTERGREIFUNG UND DIE SUDETENDEUTSCHE EINIGUNGSBEWEGUNG

Von Ernst Nittner

Auf zwei gut ausgebauten Trassen konnten sich hinsichtlich der sudetendeutschen Zeitgeschichte die „horribles simplificateurs“ rüstig bewegen:

Zum einen, als nach dem Anschluß der Sudetengebiete (1938) vom offiziellen NS-Schrifttum — auch in den meisten sudetendeutschen Publikationen mit ihrem zeitbedingten Rechtfertigungscharakter — die Gesamtentwicklung des Deutschtums in der Tschechoslowakei seit 1918 schnurgerade auf den „Anschluß“ von Ende September 1938 mit dem Münchener Vertrag zurechtgetrimmt wurde und die zunächst kleine, mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus kaum vergleichbare und keineswegs einheitliche DNSAP (Deutsche national-sozialistische Arbeiterpartei) eine unangebrachte Aufwertung erfuhr¹.

Und zum andern, als von der Gegenseite, d. h. genauer von einem Großteil der tschechischen Interpreten, vor allem aber von der gesamten antifaschistischen Publikation, die Entwicklung in das andere Prokrustesbett gezwängt wurde:

Nun wurde — spiegelverkehrt — sogar diese Ende des 19. Jahrhunderts geradezu als Abspaltung von der Sozialdemokratie entstandene nationalproletarische Gruppe, zuerst als Mährisch-Trübauer Verband entstanden, dann 1904 in Trautenau als DAP und 1918 als DNSAP neu konstituiert, voll deckungsgleich mit dem entwickelten Hitlerschen Totalitarismus, ja bisweilen wurde von einer sudetendeutschen „Wiege“ dieses Nazismus gesprochen².

Unter diesen Prämissen konnte die ganze Minderheitenfrage der Ersten Tschechoslowakei für viele nur ein Unterkapitel des Hitlerfaschismus sein. Zumindest Konrad Henlein und Hitler — aber bisweilen sogar der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch mit seinem „Volkssozialismus“ — wurden dann in einem Atemzug genannt.

Anders als im Sinn der marxistisch-leninistischen Klassenkampfthese ist naturgemäß für den linientreuen Ideologen die sudetendeutsch-tschechische Frage der Zwischenkriegszeit nicht in den Griff zu bekommen. In diesem Denkschema wurden die Deutschen des tschechoslowakischen Staates — soweit sie nicht „Antifaschisten“

¹ Zwei Beispiele: Lukas, Oskar: 4. März 1919. Das sudetendeutsche Blutopfer für Großdeutschland. Karlsbad 1939. — Krebs, Hans: Kampf um Böhmen. Berlin 1938.

² In neuester Zeit wird sogar in der sonst im ganzen positiv zu wertenden BOHEMUS-Studie (ersch. in der sozialdemokr. Exilzeitung: Právo lidu 1 (1980), deutsch in: Die Brücke v. 15. 3. 1980) die Formulierung von der „Wiege der nationalsozialistischen Bewegung im nordböhmischen Grenzgebiet und im Gebiet von Iglau“ verwendet. Und die bedeutende Dokumentation der sudetendeutschen Sozialdemokraten: Kampf — Widerstand — Verfolgung. Stuttgart 1983 spricht im Untertitel pauschal und undifferenziert vom „Kampf gegen Henlein und Hitler“.

in einem relativ engen Sinn waren — zu „Faschisten“, d. h. sie gehörten zum „reaktionärsten, chauvinistischen und aggressiven Teil der kapitalistischen Ausbeuterklasse“.

Damit aber war auch gleich eine offiziell z. B. in den Schulbüchern verwendbare Begründung für die angebliche Notwendigkeit der Ausweisung der sudetendeutschen Volksgruppe gegeben³.

Doch der Satz aus den Metamorphosen des Ovid von der „gefräßigen Zeit“ (*tempus edax rerum*), die alles in Frage stellt, gilt auch für die entsetzlichen Vereinfachungen, für die jeweils nur eine bestimmte Epoche mit ihren soziopsychischen Gegebenheiten gute Wachstumsbedingungen bietet; daher kann der erheblich komplizierteren Wahrheit schrittweise zum Durchbruch verholfen werden.

Die Arbeiten von Wenzel Jaksch, Hermann Raschhofer, Hans Neuwirth, J. W. Brügel bis zu Ronald M. Smelser, die Erinnerungen von Ernst Paul, Karl Kern und Leopold Grünwald, auch die umfangreiche Dokumentation des Seliger-Archivs „Kampf-Widerstand-Verfolgung“ und neuerdings die Autobiographien von Eduard Winter, Emil Franzel und Franz Jesser sollen stellvertretend für etliche andere Veröffentlichungen genannt werden⁴.

Auch tschechische Autoren haben vielfach zum Abbau vereinfachender Schwarz-Weiß-Klischees und zur Klärung komplizierterer Tatbestände beigetragen.

I

Da die beiden Grundbegriffe des Themas abgenutzt und unklar sind, ist eine kurze *Begriffsbestimmung* angebracht:

1. Die Thematik kann sich nicht auf unmittelbare Wirkungen der Ereignisse jenes Montags, des 30. Januar, beziehen, als Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt, das 24. Kabinett der Weimarer Republik — mit nur drei Nationalsozialisten — konstituiert wurde und am Abend der große Fackelzug der Hitleranhänger über die Bühne ging, was dann als „Machtergreifung“ hochstilisiert wurde.

Es geht vielmehr um die nationale Machtentfaltung, um Erfolge und auch Leistungen der folgenden Zeit, die — im Sinne von Sebastian Haffner — vor der Phase der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, partiell und selektiv-oberflächlich zur Kenntnis genommen, unter gewissen Voraussetzungen imposant schienen und faszinierend wirken konnten; das gilt zuletzt besonders für den Anschluß Österreichs im Frühjahr 1938.

³ Hierzu von einem Autorenkollektiv (Red. Václav Král): *Formování světové socialistické soustavy v letech 1944—49* [Herausbildung des Sozialistischen Weltsystems in den Jahren 1944—49]. 2 Bde. Prag 1975; bes. I, 113—125.

⁴ Winter, Eduard: *Mein Leben im Dienste des Völkerverständnisses*. Nach Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Dokumenten und Erinnerungen. Bd. 1. Berlin 1981 (Beiträge zur Geschichte des religiösen und wissenschaftlichen Denkens 10). — Franzel, Emil: *Gegen den Wind der Zeit. Erinnerungen eines Unbequemen*. München 1983. — Jesser, Franz: *Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas. Erinnerungen eines sudetendeutschen Politikers*. Hrsg. v. Arthur Herr. Nürnberg 1983 (Veröffentl. des Sudetendeutschen Archivs 17).

2. „Sudetendeutsche Einigungsbewegung“ im Sinn des Themas — eine *Einigung*, die schließlich zur *Einheitsbewegung* wurde — ist der vielschichtige und auch widerspruchsvolle, z. T. aus geschichtlichen Wurzeln gewachsene soziopsychische und politische Trend nicht nur zur nationalen Kooperation, sondern auch zu engem organisatorischem Zusammenschluß, wobei alle anderen Unterschiede, Eigenständigkeiten, Werthaltungen und Zielsetzungen, die nicht auf sprachlich-nationaler Ebene lagen, als zweitrangig und unwichtig zurücktreten und nach und nach beiseite geschoben werden sollten.

Dieser Vorgang — parteipolitisch seit 1933 mit dem Namen und der Person Konrad Henleins verbunden und dem Leitbild eines umfassenden Volksgruppenverbandes zugeordnet — vollzog sich im Wandel von geistig-rational-kritischer Überzeugung mit politischen Leitbildern zum vereinfachenden, unkritischen Massenphänomen, unterlag einem Prozeß der *Emotionalisierung* und der *ideellen Entleerung*.

Determinanten dieser Entwicklung waren die Not und die soziale Bedrängnis jener Jahre der Weltwirtschaftskrise ebenso wie die augenscheinliche Überwindung mancher Schwierigkeiten im Deutschen Reich — vor allem aber die nationalstaatlich-verengte, verständnislose Politik maßgebender tschechischer Regierungskreise.

Die politische Einigung der sudetendeutschen Volksgruppe zeigte sich erstmals deutlich bei den Parlamentswahlen von 1935 — sie wurde vollendet durch den Anschluß der nicht-sozialistischen Parteien an die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins (SdP) — und bei den Kommunalwahlen von Mai/Juni 1938, als die „Einheitspartei“ 90 % der sudetendeutschen Stimmen erhielt.

Das war ohne Zweifel die äußere, machtvolle Manifestation eines scheinbar konformen nationalen Wollens; von einer über verbales Pathos hinausgehenden geistig-ideellen Homogenität, von einer Gleichartigkeit politischer oder sozialetischer Wert- und Zielvorstellungen innerhalb der Volksgruppe, oder gar von einer allgemeinen Übereinstimmung mit dem Wertsystem und der Weltanschauung des Nationalsozialismus konnte bei den Führungsschichten der — wie es hieß „zusammengeschweißten“ — Volksgruppe keine Rede sein — nicht einmal bei der Führung der Sudetendeutschen Partei!

II

Den folgenden Gedanken, die nur Teilaspekte des komplexen Sachverhalts ansprechen können, wird eine einfache Gliederung zugrunde gelegt: Zunächst scheinen einige Bemerkungen über die Voraussetzungen für Einheitsbestrebungen in der sudetendeutschen Volksgruppe bis 1933 angebracht.

Dabei wird darauf hinzuweisen sein, daß sich diese Kooperation und Vereinheitlichung nicht auf dem Boden des *Staates*, sondern des *Volkes*, einer Volksgruppe, vollzog.

Weitere Gedanken werden sich mit richtungweisenden sudetendeutschen Gruppen befassen, wobei der gesellschaftliche Wandel und der Generationsunterschied zwischen den Älteren und der Generation der *Jugendbewegung* zu unterstreichen ist.

Dann werden einige Marksteine der Entwicklung zu erwähnen sein. Und ein

Schlußkapitel wird nach späteren Einwirkungen auf die Einigungsbewegung fragen, die zur Einheitsbewegung wurde.

So etwas wie ein „Endstand“ zeichnete sich zwischen dem 24. März und dem 24. April 1938 ab.

Damals, im März 1938, hatte die Parlamentsfraktion der SdP nach dem Anschluß Österreichs durch den Übertritt der Christlichsozialen und der Agrarier in ihren Reihen 80 % der deutschsprachigen Abgeordneten. Den 55 Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei standen noch 11 der sudetendeutschen Sozialdemokraten (DSAP) gegenüber.

Am 24. April ging im Kurhaussaal zu Karlsbad die als „Richtfest der Einheit“ gefeierte Delegiertentagung der SdP über die Bühne⁵, die sich selbst als „wahres Volksthing des geeinten Sudetendeutschums“ verstand.

Konrad Henlein, der in Karlsbad sein Acht-Punkte-Programm verkündet hatte, ging nun daran, den Plan eines „Sudetendeutschen Verbandes“ zu verwirklichen.

Mit dem Aufbau beauftragte er einen seiner engsten Mitarbeiter und Vertrauten, Franz Künzel, den bisherigen Leiter der Bauernschule in Ullersdorf. In diesem „Sudetendeutschen Verband“ sollten alle gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte nicht nur koordiniert, sondern organisatorisch zusammengefaßt werden. Dem Unternehmen war nur bei der Jugend und in der Sozialarbeit ein (äußerer) Erfolg beschieden; andere Bereiche kamen über Ansätze nicht hinaus.

Sicher war guter Wille und Loyalität etlichen der beteiligten integren und toleranten Persönlichkeiten nicht abzusprechen; doch es gab stets — und nun zunehmend — Fanatiker mit totalitären Zielsetzungen — und schließlich überrollten die Ereignisse auch den Sudetendeutschen Verband sehr bald nach seinen Anfängen.

Die Bestrebungen, etwas wie eine „sudetendeutsche Identität“ zu bewahren, erlagen dann der Gleichschaltung des Einheitsstaates.

Es sei ein Wort über die *sudetendeutsche Sozialdemokratie* eingeschoben, die in der vorliegenden Thematik nur eine Nebenrolle spielen kann. Die DSAP war kaum in der Lage, eine Alternative anzubieten; und der Beteuerung von Wenzel Jaksch⁶ ist schwerlich zuzustimmen, der von einem „ungebrochenen Einfluß der sudetendeutschen Sozialdemokratie auf die Massen“ spricht.

Die Zeiten des großen Josef Seliger, der schon 1920 als erst Fünfzigjähriger gestorben war, waren vorbei, die aktivistische Politik hatte wenig Erfolge aufzuweisen, und spätestens seit den Parlamentswahlen von 1935 war die Partei nicht nur in einer objektiv schwierigen Verteidigungsposition, sie befand sich auch in einer *Orientierungskrise*.

Diese Orientierungskrise war gekennzeichnet durch ein dreifaches politisch-taktisches Dilemma zwischen betont sudetendeutschen Akzentsetzungen, orthodox

⁵ Deubner, Karl-August: Der Politiker Konrad Henlein, Schöpfer der sudetendeutschen Einheit. Bad Furth b. München 1938, 87—99; die acht Forderungen, die K. Henlein in Karlsbad verkündete, sind u. v. a. abgedruckt in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—45. Serie D, Bd. 2: Deutschland und die Tschechoslowakei 1937—38. Baden-Baden 1950, Nr. 135.

⁶ Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Stuttgart 1958, 310.

marxistischer Orientierung, der Loyalität gegenüber dem Staat und der Solidarität mit der tschechischen Sozialdemokratie. Seit 1. Juni 1934 erschien in Brünn als Publikation der innerparteilichen Opposition die „Sozialistische Aktion“, die das Theoriedefizit ausgleichen wollte; doch die Realitäten blieben stärker.

Aber da war auch eine schwere *Personalkrise*, die sich bis ins Exil und darüber hinaus auswirken sollte. Darüber informieren J. W. Brügel, Wenzel Jaksch und auch Emil Franzel, der bis 1937 maßgebend in der DSAP tätig war ⁷.

Da gab es die Spannungen zwischen Czech und Jaksch und die Affinitäten des Kreises um Jaksch zu dem im Prager Exil lebenden Otto Strasser, dem „nationalsozialistischen Trotzki“, der einen „nationalen Sozialismus“ gegen Hitler vertrat. Da gab es die Überlegungen über eine Vereinigung der Autonomisten in der SdP mit den Sozialdemokraten, die nach der Meinung von Jaksch die Lage hätte verändern können ⁸.

Auch Emil Franzel beurteilt es rückblickend als verhängnisvoll, daß Czech zurücktrat und Jaksch Parteivorsitzender der DSAP wurde, statt daß er rebellierte und den Großteil der sudetendeutschen Sozialdemokratie ins Lager der Sudeten-deutschen Partei geführt hätte ⁹.

Man kann in diesem Zusammenhang am Rande auch an den einem Parteiausschluß zuvorkommenden Parteiaustritt Emil Franzels aus der SDAP erinnern, dessen auslösendes Moment Franzels Teilnahme an der Beerdigung von Heinrich Rutha im November 1937 gewesen war.

Denn dieses Detail wirft wiederum ein Schlaglicht auf die Richtungskämpfe und die von Intrigen zersetzte innere Struktur der Einheitspartei. Es gibt kaum mehr Zweifel daran, daß Heinrich Rutha, der außenpolitische Berater Henleins und Repräsentant des autonomistischen Flügels der SdP, auf Grund von Denunziationen aus der eigenen Partei am 4. Oktober 1937 verhaftet wurde. Im Untersuchungsgefängnis in Böhmisches-Leipa verübte Rutha Selbstmord. Der Verlauf des Prozesses — es ging um Homosexualität — soll die Haltlosigkeit der Anschuldigungen erwiesen haben ¹⁰.

Die *Richtungskämpfe* in der SdP wurden nie überwunden, sie wurden nur insoweit entschieden, als von Hitler die Führungsstellung Henleins für den Hausgebrauch der Volksgruppe gewünscht und abgesegnet wurde. Damals — Ende 1937 — war keine andere Entwicklung mehr möglich als die eingetretene.

Variationen sind nur im einzelnen denkbar. Aber Urteile nach dem Modell Jaksch ¹¹, die Sudetendeutschen hätten noch im Sommer 1938 beim Eintreffen der Mission Runciman eine „Sternstunde versäumt“, sie hätten — und das im August 1938! — eine unabhängige Position zwischen Berlin und Prag beziehen sollen (und können!), gehen ebenso fehl wie gegenteilige Kurzformeln, so zum Beispiel daß die Entwicklung im Turnverband von Anfang an den Weg zum Tarnverband gegangen sei.

⁷ Brügel, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918—1938. München 1967, z. B. 341 ff. — Jaksch 1958, 300 ff. — Franzel 1983, 333 ff.

⁸ Jaksch 1958, 309.

⁹ Franzel 1983, 340.

¹⁰ Zum Fall Rutha: Brügel 1967, 325 f. — Franzel 1983, 316 f., 329 f.

¹¹ Jaksch 1958, 308.

Die Monate März/April 1938 waren das Ende einer Entwicklung. Das schließt nicht aus, daß es in dieser Atmosphäre von Unklarheit und Ratlosigkeit, von Grauzonen und Irritation, von Hoffnung, Selbsttäuschung und Intrigen, Mißtrauen und Pathos noch Details, einzelne Äußerungen usw. gab, über deren Bedeutung und Gewicht für den Gesamtzusammenhang noch lange diskutiert werden kann.

Was sich nach den entscheidenden Monaten März/April 1938 dann noch in der Volksgruppe im Zeichen äußerer Einheit abspielte, stand unter psychischem Konformitäts- und politischem Zeitdruck, war nur der Vollzug dessen, was vorgezeichnet war.

Spektakulär war nach dem Übertritt der beiden bürgerlichen Parteien zur SdP die Auflösung der bisher in der Sudetendeutschen Jugendgemeinschaft zusammengeschlossenen und gut kooperierenden Verbände, besonders der konfessionellen — die Landjugend hatte den Zusammenschluß schon vorher vollzogen —, und ihre *Eingliederung* in die Jugendorganisation des Turnverbandes am Sonnabend, den 7. Mai, in den einzelnen Orten und am folgenden Sonntag, den 8. Mai, in einer zentralen Veranstaltung in Aussig.

Es entstand der Einheitsverband der sudetendeutschen *Volksjugend*, der mit 130 000 Mitgliedern rund $\frac{1}{3}$ der Jungen und Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren umfaßte.

Seit Ende Mai gab es so gut wie keinen Entscheidungs- und Freiraum mehr für eigenständige Gruppen und Verbände, keine Alternativen, wenn man vom Verzweiflungskampf der sudetendeutschen Sozialdemokratie absieht.

Offen blieb bis September nur noch die Frage, ob der Absicht Hitlers zur militärischen Lösung der Sudetenkrise wirksam eine friedliche Alternative entgegengesetzt werden konnte.

Durch die tschechische Teilmobilmachung im Mai, durch Hitlers Offensivplanung für den „Fall Grün“, aber auch durch die schon *vor* der Runciman-Mission festgelegte Politik der Westmächte war der Gang der Dinge ähnlich determiniert wie die Navigation eines Linienflugzeuges durch das ILS-Verfahren.

Nur für das vorliegende Thema — nicht im Zusammenhang der politischen Gesamtentwicklung — kann der Hinweis auf die berauschte Wirkung der Gemeindewahlen mit über 90 % deutscher Stimmen für die SdP wiederholt werden.

III

Zurück zum Thema im engeren Sinn!

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und auch die Etablierung des autoritären und dann totalitären NS-Regimes war für die sudetendeutsche Einigung kein Startschuß! Sie hat der mit dem Namen Konrad Henleins verbundenen Bewegung *keine unmittelbare Starthilfe* gegeben oder einen entscheidenden Auftrieb verliehen.

Es ist falsch, die sudetendeutsche Einigungsbewegung als von Anfang an mit dem reichsdeutschen Hitlerschen Nationalsozialismus identisch zu bewerten. Erst vor kurzem (1983) haben tschechische Historiker — nicht aus dem Exil — unterstrichen, daß nur aus völliger Unkenntnis oder aus ideologischer Verbohrtheit so etwas behauptet werden könne!

So einfach lagen die mit der deutsch-tschechischen Nachbarschaft in den böhmischen Ländern zusammenhängenden Dinge weder vor noch nach 1933.

Eindimensionale Betrachtungsweisen und monokausale Deutungen werden den Dingen nicht gerecht.

Die richtige Beurteilung der Dinge verlangt vor allem Verständnis für die unterschiedliche Entwicklung im Bismarckstaat und in der Donaumonarchie, deren Nachfolge hinsichtlich mancher Probleme, voran der nationalen Frage in den böhmischen Ländern, die Erste Tschechoslowakische Republik antrat.

Nur drei Aspekte seien erwähnt:

— Die prinzipielle Verschiedenheit zwischen dem, was sich als *deutscher nationaler Sozialismus, als DNSAP* — zum Unterschied von dem sich besonders unter Eduard Beneš entfaltenden tschechischen nationalen Sozialismus —, mit den Wurzeln im *Habsburgerstaat* nun bei den Deutschen in der neu gegründeten Tschechoslowakei entwickelte, und dem, was als *NSDAP* aus teilweise verwandten Ansätzen, jedoch unter völlig anderen Voraussetzungen und Bedingungen, in der *Weimarer Republik* zum totalitären Staat führte.

— Die schon im 19. Jahrhundert einsetzenden vielfachen *nationalen Kooperations- und Vereinigungsbestrebungen* bei den Deutschen der böhmischen Länder (Böhmerlandbewegung, Sudetendeutscher Volksrat, Akademische Arbeitswochen usw.), übrigens eindeutige Parallelerscheinungen zur Entwicklung im tschechischen Volk seit dem 19. Jahrhundert.

— Und — damit zusammenhängend — der Fundamentalunterschied zwischen einem auf den *Zentralbegriff STAAT* und einem auf den *Zentralbegriff VOLK* ausgerichteten Denken.

Zum Unterschied von Verfassungsfragen und Problemen des demokratisch-parlamentarisch-rechtsstaatlichen Denkens, welche die Krise des Weimarer Staates kennzeichneten, war die politische Problematik im tschechoslowakischen Staat von der *nationalen Frage* (Minderheitenrecht, Selbstbestimmung, Autonomie) bestimmt.

Zu den Voraussetzungen noch einige ergänzende Bemerkungen:

1. Alldeutsch, großdeutsch, gesamtdeutsch gehörten ins Vokabular des 19. Jahrhunderts.

Einen großdeutschen Staat wollten bei Kriegsende 1918 sehr viele. Und den Anschluß der Sudetengebiete an ein sozialistisches Großdeutschland hatte mit Nachdruck auch die sudetendeutsche Sozialdemokratie unter Josef Seliger angestrebt.

Der Rechtsradikalismus mit seinem bisweilen irredentistischen Charakter und Kontakten über die Grenzen des Staates hinaus war seit Gründung der Tschechoslowakei eine Realität bei einem Teil der Sudetendeutschen. Auch bei den Tschechen gab es einen recht respektablen Chauvinismus.

Aber die deutschen Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei waren keineswegs eine einheitliche Partei — nur ein Teil war irredentistisch —, und außerdem hatte die DNSAP kein bedrohliches Gewicht, sie hatte sogar bei der letzten Wahl, bei der sie auftrat — der Parlamentswahl von 1929 — nur 8 von 66 deutschen Parlamentssitzen, von 291 Sitzen insgesamt.

Es besteht kein Zweifel: *die nationale Frage* — viel älter als Hitler — *belastete die Tschechoslowakei von Anfang an*. An der Eskalation waren Deutsche wie Tsche-

chen beteiligt. Die Verhärtenngen durch die Wirtschaftskrise (unter der vor allem die industriellen Sudetengebiete litten), auch das tschechische Vorgehen gegen die DNSAP und gegen die konservativere Nationalpartei — das alles war von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler völlig unabhängig!

Schon in die ersten Monate des Jahres 1932 fiel das Vorgehen des Staates gegen den „Volkssport“, eine kleine SA-ähnliche Organisation, deren Ziel der Anschluß der Sudetengebiete an das Deutsche Reich war. Die Ermittlungsergebnisse, die dem Brünner Volkssporturteil vom 24. September 1932 zugrunde lagen, wurden dann zusammen mit der Staatsschutzgesetzgebung die Grundlage für das Vorgehen gegen die DNSAP.

Aber auch diese „nationalsozialistische Partei“, die DNSAP, der zuletzt 10 bis 12 % der Sudetendeutschen ihre Stimme gaben, war ideologisch nicht einheitlich.

Dem bekannteren, radikalen, seit längerem auf Hitler und seine Partei eingeschworenen und persönliche Kontakte mit der Parteiführung der NSDAP im Reich unterhaltenden Teil unter Krebs, Jung, Kaspar und Schubert stand eine andere Richtung gegenüber, die aus anderer Wurzel gewachsen war: Das gilt für den Webereierkmeister aus Dux, Hans Knirsch — einen Mann der deutsch-nationalen Arbeiterbewegung im alten Österreich —, sowie auch für den bedeutenden politischen Kopf *Franz Jesser* (80jährig 1949 bei Weilheim gestorben), Wanderlehrer des Bundes der Deutschen, Begründer der sudetendeutschen Pestalozzigesellschaft, später Senator der DNSAP, der sich zu einem gesamtdeutschen Konzept bekannte, aber sich genau so eindeutig gegen eine Nachahmung der Methoden und des Stils aus dem sogenannten neuen Deutschland wandte, in welchem er ein aus einer steckengebliebenen Kolonisation entstandenes altpreußisches System der halb-militärischen Bevormundung der Massen sah¹².

1933 (!) forderte Franz Jesser eine „sudetendeutsche Politik im tschechoslowakischen Staat“¹³.

Auch der spektakuläre Patscheiderprozeß des Jahres 1933 hat mit der sogenannten Machtergreifung unmittelbar nichts zu tun¹⁴ und gehört, wie kaum mehr bezweifelt werden kann — Smelser und Franzel bestätigen es —, vor allem in den Zusammenhang der Richtungskämpfe, Feindseligkeiten und Denunziationen im sogenannten völkischen Lager: Patscheider wurde höchstwahrscheinlich denunziert.

2. Kooperation, Koordinierung, Zusammenschlüsse: vieles, was auf eine Konzentration der nationalen, kulturellen und auch der religiösen Kräfte abzielte — und damit einer Einigungs- und einer Einheitsbewegung den Weg bereiten konnte —, gehörte ebenfalls der Epoche vor der tschechoslowakischen Staatsgründung an. Diese Dinge waren eine Begleiterscheinung des nationalen Antagonismus in den böhmischen Ländern.

¹² Zu Franz Jesser neuerdings die von Arthur Herr hrsg. Erinnerungen (s. Anm. 4).

¹³ Tagesbote Brünn, zit. nach Sudetendeutsche Arbeit 9 (1933) 281.

¹⁴ Dr. Richard Patscheider, ein Tiroler, war Gymnasiallehrer in Troppau und Führer der radikal-nationalen „Bereitschaft“ († 1971 in München), ein Gegenspieler des Kameradschaftsbundes, der, wegen staatsfeindlicher Betätigung verurteilt, nach drei Jahren vorzeitig entlassen wurde und nach München umzog.

Die wirkliche oder vermeintliche nationale Bedrohung und damit eine *Abgrenzungsmentalität* — bisweilen von Deutschen wie von Tschechen bis zur Abschottung gegen die andere Sprachnation gesteigert — entwickelte auch den Gedanken des Selbstschutzes, der Sicherung des eigenen nationalen Besitzstandes, verlangte nach einer Ökonomie der Kräfte, nach Abbau zweitrangiger (oder als zweitrangig empfundenen) Unterschiede, führte zu gemeinsamen Aktionen über Standes- und Interessengegensätze und über konfessionelle Grenzen hinweg zu national homogenen Verbänden, zu „Schutzverbänden“, wie sie hießen.

Schon Anfang April 1848 war ein „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zum Schutze ihrer Nationalität“ entstanden als Antwort auf die nationale Erneuerung und die Aktivierung des nationalen Lebens bei den Tschechen, was als Bedrohung empfunden wurde.

Die Zeit des österreichischen Neobsolutismus brachte eine Unterbrechung, aber seit ca. 1880 erfolgte auf breiter Front eine Neubelebung der nationalen Konzentrationsbestrebungen. Der ungarische „Ausgleich“ und die Bismarcksche Nationalstaatsgründung waren hierbei ebenso Stimulantia wie die österreichische Innenpolitik.

Geschlossenheit in Anliegen des Volkes oder mindestens Kooperation in Einzelbereichen — unabhängig vom Staat — waren Charakteristika vieler Neugründungen vom Schulverein über den Bund der Deutschen und den Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen bis zur — übrigens vorbildlichen — Zusammenarbeit im Rahmen der Deutschen Jugendfürsorge.

Daß die Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik und die Umstände, unter denen die deutsche Volksgruppe zur politisch ohnmächtigen Minderheit in diesem Staat wurde, dem Gedanken der Schutzverbände, mannigfachen Überlegungen mit dem Ziel politischer Kooperation, gemeinsamer Bestandsaufnahme und der Planung gemeinsamer Aktionen — besonders in der dem Gemeinschaftsdenken grundsätzlich aufgeschlosseneren jüngeren Generation —, einen bedeutenden Auftrieb gab, ist verständlich.

So kam es 1919/20 zur Um- und Neugestaltung der politischen Parteien und der unpolitischen Verbände in vielen Lebensbereichen¹⁵.

Eine knappe Aufzählung soll sich auf einige Sektoren beschränken, in denen — sei es sachlich-pragmatisch, sei es ideell — eine Kooperation bald möglich war, die spätere Zusammenschlüsse und damit eine Einheitsbewegung erleichterte.

— Da war der parlamentarische Raum, in dem meist nur rudimentäre Zusammenschlüsse im Parlamentarischen Block, die Zusammenarbeit im deutschen Parlamentarischen Arbeitsamt, in der Völkerbundliga u. ä. möglich waren.

— Der innere Zusammenhalt der aktivistischen Parteien war viel geringer, als es schien, blieb ideologisch vorbelastet und bruchstückhaft, kam über den oft angeprangerten prinzipienlosen Egoismus nicht hinaus und fand erst spät durch die Jungaktivisten Jaksch, Schütz und Hacker zu konzertierten Aktionen und zu menschlicher Nähe, die dann bis über die Vertreibungsjahre hinaus ein tragendes Fundament bildete.

¹⁵ Pfitzner, Josef: Schutzvereinsarbeit und nationale Bewegung. SDJb (1937) 5—14.

— Immer wieder gedacht wurde an eine gesamt-sudetendeutsche Bildungspolitik. Ein Modellversuch in Nordböhmen mit Vorträgen von Vertretern der sieben sudetendeutschen Parteien erfuhr vor allem bei der jüngeren Generation eine vernichtende Kritik ¹⁶.

— Stärker und in die Zukunft weisend, auch konstruktiver waren die Impulse aus der jüngeren Generation. Das gilt z. B. für die *Böhmerland-Bewegung*, zu der sich am 5. Januar 1919 die Älteren des Sudetendeutschen Wandervogels zusammenschlossen und ihr Ziel in der Sammlung der Volksgruppe zur äußeren und inneren Abwehr aller vom neuen Staat drohenden Gefahren in Politik, Wirtschaft und Kultur sahen ¹⁷.

Hier sei auf die zweibändige Arbeit von Johannes Stauda und Kurt Oberdorffer verwiesen ¹⁸. In der Böhmerland-Bewegung hatten etliche Zweige der sogenannten völkischen Bewegung der 20er und 30er Jahre ihre Wurzeln. Johannes Stauda sah in ihr sogar den Hauptträger der späteren Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) ¹⁹. — Da war auch der eindrucksvolle Gedanke eines *Sudetendeutschen Volksrates* ²⁰. Diese Gründung ist mit der Person des aus der Leitmeritzer Gegend stammenden Arztes Dr. Josef Wenzel Titta (gest. 1923) verbunden, der schon 1903 die Initiative ergriff und zu Beginn der 20er Jahre den Versuch wiederholte, Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zusammenzufassen, um auf den verschiedenen Ebenen, von der örtlichen bis zur staatlichen, über gemeinsame Fragen der Volksgruppe zu beraten.

Die Dinge blieben im Gestrüpp der menschlichen und sachlichen Probleme hängen, als 1933 endlich eine Gründungsversammlung bevorstand, kam das Ende der beiden Rechtsparteien; der Gedanke eines Volksrates verschwand von der Tagesordnung, als Henleins Heimatfront gegründet wurde.

— Eine erwähnenswerte Konzentration gab es im *kirchlichen Bereich*, wo Bischof Groß von Leitmeritz den ansehnlichen „*Hilfsverband katholischer Erziehungs- und Bildungsanstalten in der ČSR*“ gründete, mit dem ausdrücklichen Ziel der Pflege des völkischen Gedankens auf weltanschaulicher Grundlage in Erziehung und Bildung. Es waren nicht weniger als 329 Anstalten, die erfaßt wurden ²¹!

— Nicht übersehen werden dürfen auch bei einer Aufzählung die Einrichtungen der *Erwachsenenbildung* mit ihrem System von *Volksbüchereien* und die *Sudetendeutsche Jugendgemeinschaft*, in der 25 Verbände gut zusammenarbeiteten ²².

¹⁶ Zur Kritik an den Parteien — auch im Zusammenhang mit den Wahlen von 1929: Junge Front, Okt. 1931 und bes.: Der Junge Deutsche Jg. 8. H. 21/22.

¹⁷ Zu Johannes Stauda und der Böhmerlandbewegung. SDJb (1929) 6 ff.

¹⁸ Stauda, Johannes: Der Wandervogel in Böhmen 1911—1920. Hrsg. von Kurt Oberdorffer. 2 Bde. Reutlingen 1975 und 1978.

¹⁹ Stauda I 1975, 82.

²⁰ Über den Sudetendeutschen Volksrat vor allem Bachmann, Harald / Burian, Peter in ZfO (1965).

²¹ Zum „Hilfsverband“: Donat, Heinrich: Um Schule und Erziehung. In: Die deutschen Katholiken in der Tschechoslowakischen Republik. Warnsdorf 1934; Reprint München 1970, 185 ff.

²² Vor allem Lehmann, Emil: Handbuch der sudetendeutschen Volksbildung. Reichenberg 1931.

— Besondere Erwähnung verdienen auch die zwei — in den Beziehungen von Mensch zu Mensch über die Zäsur von 1945 hinaus wirkenden — Begegnungen in den jeweils eine Woche dauernden „Arbeitslagern“ der *Akademischen Arbeitsgemeinschaft für Volksbildung*“ auf Schloß Schwoika im Herbst 1928 und Herbst 1929²³.

Hier wurden Gemeinsamkeiten in Grundfragen der Volksgruppe erarbeitet — ohne die geistlos-totalitären Deformierungen späterer Jahre.

Bei diesen Gemeinschaftswochen lernten sich junge Menschen, Führungskräfte der Verbände, kennen, meist — aber nicht nur — Studenten, Vertreter der bürgerlichen und der sozialistischen Jugend, katholischer und freireligiöser Verbände, Angehörige von Bünden der Jugendbewegung und der Korporationen; sie kamen einander näher, entwickelten ein weitgehend gemeinsames Bild von der sudetendeutschen Lage, erkannten gemeinsame Aufgaben für die Zukunft. Eigenart und Eigenverantwortung wurden nicht angetastet, niemand dachte an Einebnung der Unterschiede, an Konformität und an vertikale Befehlsstrukturen.

Doch auch diese Annäherung und Integration national-völkischen, religiösen und sozialen Denkens, die sich Ende der 20er Jahre abzeichnete, wurde nicht geschichtsmächtig.

Sie hat jedoch die Volksgruppe vor dem politisch-sozialen Zerfall und vor dem sittlichen Verfall bewahrt und für mehr als drei Jahrzehnte bis in die Gegenwart ein geistig-ideelles und menschlich tragendes Fundament bewahrt²⁴.

Diese Vielfalt an Verbänden und Zusammenschlüssen auf dem Boden der Volksgruppe, des Volkstums, d. h. *unabhängig vom Staat* (vom tschechoslowakischen Staat — was auch festzustellen ist — zwar nicht gefördert, aber auch kaum beeinträchtigt), bedeutete einerseits Pluralität, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, konnte aber andererseits auch als Vorstufe und als Vorbereitung noch weitergehender Zusammenschlüsse benutzt und für ein befohlenes Einheitsdenken mißbraucht werden sowie zur gleichgeschalteten Einheit absinken.

3. Kurz sei nochmals auf den dritten Gedanken hingewiesen, der zu einem differenzierteren Verständnis der Thematik gehört: auf die Gegenüberstellung der Kategorien *STAAT und VOLK* im politischen Denken.

Die Antinomie Staat-Volk ist alt, sie hat auch die Paulskirchenproblematik mitbestimmt und wurde durch Bismarck im etatistischen Sinn entschieden.

Aber nach dem Ersten Weltkrieg, als in vielen neu entstandenen Staaten fremde Volksgruppen lebten — oft auch deutsche —, deren Eigenständigkeit nicht anerkannt wurde, weil man in ihr eine Gefährdung der nationalstaatlichen Existenz sah, da erhielt die politische Größe VOLK — auch im Zusammenhang mit der *Selbstbestimmungsfrage* — eine neue Bedeutung, und es wuchs auch die Notwendigkeit einer theoretischen Fundierung.

Auch für die Deutschen in der Tschechoslowakei standen bald erneut Werte und

²³ Das Arbeitslager sudetendeutscher Jugend zu Schwoika. Hrsg. im Auftrag der Akad. Arbeitsgemeinschaft für Volksbildung von Willi Prosch. Teplitz 1929.

²⁴ Hierzu Winter, Eduard: Die Idee der Actio Catholica und die Volksgemeinschaft. Stimmen der Jugend 2 (1933) H. 1, S. 1.

Rechte des Volkes, der Volksgruppe und des Volkstums im Mittelpunkt des Selbstverständnisses und des politischen Denkens.

Trotz der Bedeutung des bekannteren *Othmar Spann* spielte auch der Theoretiker des Volkstums, *Max Hildebert Boehm*, im Denken der Sudetendeutschen eine nicht unbedeutende Rolle (Boehm starb 1968 in Lüneburg). Wichtig wurde sein im Frühjahr 1932 erschienenenes Werk „Das eigenständige Volk; Grundlegung der Elemente einer europäischen Völkersoziologie“, das 1965 von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft neu herausgegeben wurde.

Das Vorwort der ersten Auflage von 1932 begann mit dem Satz: „Der kühne Versuch dieses Buches, der 2000-jährigen allgemeinen STAATSlehre wenigstens den Entwurf einer Theorie vom eigenständigen VOLK als dem großen Bundesgenossen und Gegenspieler der politischen und religiösen Mächte . . . an die Seite zu stellen, entspricht einer lebendig empfundenen Notwendigkeit innerhalb der Krise, die unser geistiges und politisches Schicksal bestimmt . . .“²⁵

Politisch blieb die Volkstheorie des Soziologen Max Hildebert Boehm ebenso erfolglos wie ähnliche Ansätze. Erst in unseren Tagen, da man sich um Minderheitenfragen und Volksgruppenrecht Gedanken macht, greift man auch auf Boehm zurück²⁶.

In der Volkstumsbewegung bei den Sudetendeutschen der 30er Jahre jedoch waren erhebliche Akzente und Grundgedanken der Theorie vom „eigenständigen Volk“ lebendig, als dem mächtigen STAAT das VOLK als historische Größe und auch als Rechtsträger (Fragen der Selbstbestimmung und der Volksgruppenautonomie) gegenübergestellt wurde.

Freilich, der volksdeutsche Gedanke — oft weitgehend losgelöst von Staat und Staatlichkeit — hatte auch Schwächen: Das Denken in verfassungsrechtlichen, staatlichen Maßstäben war defizitär, rechtsstaatliche Kategorien hatten wenig Platz in diesem politischen Weltbild, das Gespür für Verfassungsänderungen und Verfassungsbruch blieb für weite Kreise unterentwickelt, der Blick durch die Volkstumsbrille verführte zu *idealtypischen Vorstellungen* und trübte den Blick für die Wirklichkeit und die Möglichkeiten des Totalitarismus.

Die *Realitäten des Unrechtsstaates* konnten vom Koordinatensystem des reinen Volksdenkens nicht erfaßt werden.

Auch das sudetendeutsche Volkstumsdenken wurde dann im totalitären deutschen Staat von der Gleichschaltungspraxis weitgehend hinweggespült. Doch der Hinweis scheint nicht unwichtig, daß bei der sudetendeutschen Einigungsbewegung primär an einen Vorgang auf der Ebene des VOLKES, des Volkstums — *nicht* der Verfassung und des Staates — zu denken ist.

²⁵ Boehm, Max Hildebert: Das eigenständige Volk. Neuausgabe Darmstadt 1965, 5. — Hierzu auch Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Ein Handbuch. 2. völlig neu bearb. und erweiterte Fassung. Darmstadt 1972, 406 f.

²⁶ Vgl. auch Francis, Emerich: Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie. Berlin 1965. — Héraud, Guy: Die Völker als Träger Europas. (Aus dem Französischen) Wien-Stuttgart 1967 (Ethnos, Schriftenreihe der Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen Marburg/L. 4).

IV

Von einer unmittelbar initiiierenden Einwirkung des 30. Januar 1933 auf eine Einheitsbewegung bei der sudetendeutschen Volksgruppe kann nicht gesprochen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der staatlichen Maßnahmen in der Tschechoslowakei gegen die deutschen Rechtsparteien. Erst längerfristig wurden die Auswirkungen des Machtwechsels im Nachbarland wirksam — auf deutscher wie auf tschechischer Seite wurden vorhandene Trends, Emotionen, Vorurteile und Befürchtungen verstärkt.

Im Konzept der neuen Machthaber im Deutschen Reich dagegen spielte die sudetendeutsche Frage noch einige Zeit keine wesentliche Rolle.

Das was sich nach 1933 in den Volkstumsorganisationen im Reich abspielte — Smelser geht auf diese Dinge ein²⁷ —: im VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), im VR (Volksdeutscher Rat), der von Rudolf Heß begünstigt wurde, in der offiziellen AO, der Auslandsorganisation der NSDAP unter Ernst Bohle, und in dem lange über ein kümmerdasein kaum hinausgekommenen Sudetendeutschen Heimatbund, war zunächst eine Fortsetzung der Aktivitäten früherer Jahre. Einige Zeit waren diese Institutionen auch durch Eifersüchteleien und großes Gerangel um Einfluß gelähmt.

So waren es *vor allem die innerstaatlichen Entscheidungen in der Tschechoslowakei* — und nicht Hitler und das Dritte Reich —, welche die Atmosphäre aufheizten und die Entwicklung im Sinn des stärkeren Zusammenrückens der Volksgruppe weitertrieben.

Erst später gab es eine Art Vorbildhaftigkeit, als die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Bau der Autobahnen, die KdF-Betreuung der Arbeiter und andere ähnlich wirksame Maßnahmen auf die z. T. große Not leidenden Sudetendeutschen Eindruck machten.

Politisch kamen drei Faktoren ins Spiel:

1. Die Flucht der ausgesprochenen Hitleranhänger um Krebs, Jung u. a. über die Grenze in den NS-Staat.

Hier faßten sie — keineswegs sehr schnell und auch keineswegs ohne ideologische und andere Schwierigkeiten — allmählich Fuß und bauten die Kontakte mit offiziellen Stellen z. T. aus. Nach und nach gelang auch der konspirative Brückenschlag zu den zurückgebliebenen Gesinnungsgenossen im Sudetenland, und mit der Zeit wurden auch größere Geldbeträge für die Arbeit im Lande flüssig gemacht.

2. Es war zum anderen — wohl mit der stärksten Wirkung auf die sudetendeutsche Einigungsbewegung — das durch die staatlichen Maßnahmen entstandene *Vakuum auf der Rechten* im politischen Spektrum der Volksgruppe.

Hier fanden sich nun — in vielen Schattierungen — die alten Parteigänger der DNSAP und der NP mit anderen politischen Kräften, konservativen und nationalrevolutionär-extremen, mit loyalen und illoyalen, mit Großdeutschen im staatlichen und Gesamtdeutschen im volklichen Sinn, mit Autonomisten und Irredentisten.

²⁷ Smelser, Ronald M.: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933—1938. München 1980, 19 ff. (Veröffentl. d. Collegium Carolinum 36).

Und hier stellten sich auch viele ein, die, durch die Not der Wirtschaftskrise bedrückt oder durch eine wirkliche oder scheinbare Erfolglosigkeit der Aktivisten enttäuscht, ein verstärktes Verlangen nach Schulterschuß hatten und sich für etwas Neues, Schlagkräftiges, Gemeinsames z. T. bedenkenlos öffneten. Und es gab neben Idealisten natürlich auch Taktiker und Opportunisten.

Kurz: Es wuchs die Zahl derer, die sich von der Entwicklung im „Reich“ und der imponierenden Machtentfaltung in irgendeiner Weise eine Schubkraft für die eigene Sache erwarteten.

3. Gegenüber den beiden genannten Faktoren spielte ein dritter eine geringere, wenn auch keineswegs unbedeutende Rolle: Die *Emigration* aus dem Staate Hitlers, die Opfer der Verfolgungen, die in Prag und Brünn ein Refugium fanden. Es waren reichsdeutsche und österreichische Sozialdemokraten — in der SOPADE organisiert —, es waren jüdische Emigranten, die Asyl suchten und bisweilen als Publizisten wieder eine Wirkungsstätte fanden; es waren aber auch andere Gegner des Hitlerregimes, wie der erwähnte Otto Strasser, der nun in Prag mit Wenzel Jaksch und Emil Franzel im Sinn eines nicht-nationalsozialistischen „Volkssozialismus“ Kontakte pflegte²⁸.

Insgesamt trug das alles zur publizistischen und damit politischen Polarisierung, aber auch zur geistigen Verwirrung bei. Denn ebenso wie es auf der „Linken“ nicht nur orthodoxe und sowjetbegeisterte Marxisten gab, so waren auch auf der anderen Seite nicht nur die eindeutigen Hitleranhänger, die nun Aufwind bekamen, sondern auch die Vielzahl jener, für die eine selektive Betrachtungsweise des Regimes charakteristisch war, die trotz partieller Bedenken und Zweifel z. B. den Kampf gegen Versailles und die anderen Vorortverträge von 1919/20 begrüßten. Es gab einen nicht-nazistischen Antisemitismus, es gab etliche, die den Antikommunismus teilten, oder solche, die von gesamtvolklichen Idealen durchdrungen waren, oder für die — wie es Brügel formulierte²⁹ — der Umstand maßgebend war, daß der Staat Hitlers nicht so sehr durch Verfolgung und KZ als vielmehr durch Arbeitsbeschaffung charakterisiert schien.

Es entstand im Laufe des Jahres 1933 eine erregte und gereizte Atmosphäre, es kam zu Zwischenfällen und Zusammenstößen — besonders übel die Ermordung des jüdischen Kulturphilosophen Theodor Lessing am 31. August 1933 in Marienbad —, und in diese Situation hinein fiel — mit dem Anspruch, Klarheit zu schaffen — die Gründung der mit dem Namen Konrad Henleins verbundenen Einigungsbewegung.

In ihrem Zeichen — Sudetendeutsche Heimatfront, später Sudetendeutsche Partei — stand nun bis 1938 die Entwicklung zumindest äußerlich.

Dabei wurde mit wachsender Intensität die emotional-massenpsychologische Komponente bedeutsam — nicht programmatische Eindeutigkeit.

Es entstand das vielsagende Diktum — übersetzt in alle Mundarten: „Kommt ok Brieder, halt mer z'samm — weter brauch mer kee Programm!“

²⁸ Zu den Kontakten Otto Strasser - W. Jaksch siehe Brügel: Tschechen und Deutsche 1967, 342 f. — Franzel 1983, 182 ff. u. 293 ff.

²⁹ Brügel, J. W.: Ludwig Czech, Arbeiterführer und Staatsmann. Wien 1960, 133.

Doch es sei wiederholt: ohne die „zermürbende Wucht“ der nationalstaatlichen tschechischen Politik³⁰, die den Drang nach Einheit nährte, ständig neue Argumente für den nationalen Zusammenschluß lieferte, den deutschen Aktivisten den Boden unter den Füßen wegzog und Loyalität gegenüber dem Staat immer schwerer machte, wäre die Vielfalt positiver politischer Haltungen, wäre der Reichtum an Nachdenklichkeit und Substanz in den Volkstumsorganisationen nicht so schnell und so radikal der Faszination, später der Propaganda und der kritiklosen Hingabe an die Unifizierung erlegen!

V

Doch vorübergehend hatten die Ereignisse im Deutschen Reich für die politischen Eliten der sudetendeutschen Volksgruppe auch einen klaren *Herausforderungscharakter* und führten zu kritischer Besinnung und zu geistiger Auseinandersetzung in den Führungskadern — bis alle Geistigkeit der Massenpsychose und der Machtpolitik unterlag.

Zunächst bedeutete die Herausforderung, daß alle politischen Kräfte vor der Alternative standen, ob jene Formel richtig war, die Ignaz Seipel, der österreichische Bundeskanzler, 1925 im Volksdeutschen Klub in Berlin geprägt hatte³¹, daß Volkstreue Staatstreue nicht ausschließt — ein Grundsatz, den auch Josef Seliger in den Anfangsjahren der Tschechoslowakei noch vertreten hatte —, oder ob es in der gegebenen Lage nicht (oder nicht mehr) möglich wäre, Staatstreue und Volkstreue auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen — weil die Sudetendeutschen nicht Subjekt sondern Objekt der staatlichen Politik waren!

Innerhalb dieser Grundentscheidung hatte die Herausforderung für die einzelnen politischen Gruppierungen verschiedene Aspekte.

Die *Sozialdemokratie* sah sich vor die alte Gretchenfrage nach nationaler oder übernationaler Orientierung der Partei — aber auch vor die Existenzfrage der volkspolitischen Orientierung ihrer Wählerschaft, der sudetendeutschen Arbeiter — gestellt. Die Antwort in der praktischen Parteiarbeit war nicht durch Klarheit gekennzeichnet.

Die Herausforderung durch den Einigungstrend galt auch für die *Agrarier*, bei denen die Kluft zwischen der älteren, liberalen, im Bund der Landwirte beheimateten Gruppe und dem von Othmar Spann beeinflussten und dem Kameradschaftsbund nahestehenden, z. T. auch betont katholischen „Sudetendeutschen Landstand“ aufbrach³².

Herausgefordert und in Teilen für kurze Zeit durch die Einigungsidee auch irritiert war der *sudetendeutsche Katholizismus*. Er hatte in der Christlich-sozialen

³⁰ Neuwirth, Hans: Der Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staates bis zum Vertrag von München. In: Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. München 1962, 122—179 (Veröffentl. des Collegium Carolinum 12).

³¹ E b e n d a 136.

³² Führende Männer dieser Richtung waren Ing. Günzel, Robert Hetz und bes. Erhard Gottfr. Bürger, selbst Konvertit, Leiter der Ullersdorfer Bauernschule († 1961 in Kärnten). Sie näherten sich der sudetendeutschen Einigungsbewegung, solange der KB maßgebend war, sie brachten auch ein Abkommen zwischen Landjugend und Turnverband zustande.

Volkspartei einen politischen Repräsentanten, der aber trotz 92 % Katholiken in der Volksgruppe auch in der besten Zeit (1929) nicht über 22 % der deutschen Stimmen hinauskam.

Die Partei hatte einen starken völkisch denkenden Flügel mit ihrem Vorsitzenden Prälat Hilgenreiner, Moraltheologe an der Deutschen Universität, während den mehr klerikalen Flügel Michael Magerl, ein kämpferischer Presseemann, repräsentierte. Er war — wie Pfarrer Reichenberger von der Volksbundzentrale in Reichenberg — ein überzeugter Vorkämpfer des Vereinskatholizismus.

Dieser älteren, durch die Verknüpfung von Kirche, Seelsorge, Vereinskatholizismus und politischem Katholizismus charakterisierten Richtung stand der *sudetendeutsche Jungkatholizismus* kritisch gegenüber, dessen Wurzeln in der Volksliturgischen Bewegung und vor allem in den Prinzipien der Katholischen Aktion, der verantwortlichen Teilnahme am kirchlichen Wirken, lagen.

Exponenten und Vorkämpfer dieser Richtung waren auch bei den Sudetendeutschen die Bünde der Jugendbewegung, Teile des CV und der werktätigen Jugend. Einige Bischöfe gaben Rückhalt.

Die Grundvorstellung von der *Mitverantwortung des katholischen Laien* in Staat, Volk und Kirche hatte für die Volksgruppe und die Sammlungsbewegung einen doppelten Effekt:

Sie sollte erstens zu einer Verlagerung des Schwerpunktes der kirchlichen Arbeit von den Verbänden auf die Pfarrgemeinde und die Pfarrausschüsse führen, die überparteilich und an die Mitgliedschaft in katholischen Vereinen nicht gebunden waren.

Und dieses Grundverständnis sah zweitens im kirchlichen Auftrag auch den Dienst und die Verantwortung für Kirche und Glauben im *ganzen Volk*, d. h. diese jungen Christen wollten kein katholisches Getto, sondern verstanden ihren Auftrag als *Dienst in der und für die ganze Volksgruppe*.

Auf Details kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden³³. Aber rückblickend stellt sich die Frage, ob dieses hochgesteckte und hochgemute Ziel überhaupt zu erreichen war; ob in der Volksgruppe und in der Einigungsbewegung überhaupt die Voraussetzungen für einen Erfolg dieses Engagements gegeben waren.

Der *Herausforderungscharakter* der Entwicklung wurde für den Jungkatholizismus aktuell, als sich erstmals 1932 der Turnverband zum allein zuständigen Erziehungsverband der Sudetendeutschen erklärte und dann Konrad Henlein im Gründungsaufruf vom 1. Oktober 1933 — also noch vor dem Verbot der DNSAP — die Volksgruppe zur Bildung einer „Volks- und Heimatfront“ aufrief, deren geistig-politische Grundlagen Volksgemeinschaft und christliche Weltanschauung, ständischer Aufbau und Bekenntnis zum demokratischen tschechoslowakischen Staat sein sollten³⁴.

³³ Verwiesen sei auf Nittner, Ernst: Staffelstein 1930—1938. Bündische Jugend — Volk und Glaube. In: Schmid-Egger / Nittner: Staffelstein, Jugendbewegung und katholische Erneuerung bei den Sudetendeutschen zwischen den großen Kriegen. München 1983.

³⁴ Der Aufruf ist u. a. abgedruckt in Nittner, Ernst: Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916—1967. Überarb. und ergänzte Neuaufl. München 1967, Nr. 73.

Für den *politischen Katholizismus* gab es zunächst keine Veränderungen. Die Christlich-soziale Volkspartei bestand — wenn auch seit 1935 zahlenmäßig geschwächt — weiter, bis sie 1938 unter dem Druck des österreichischen Anschlusses ihre Abgeordneten der Partei Henleins eingliederte.

Auch für den *Verbandskatholizismus* war die Lage einfacher und klar:

„Wir lehnen jeden Monopolanspruch auf Volksgemeinschaft seitens einer Partei oder eines Vereins mit aller Entschiedenheit ab. Wir warnen vor dem Totalitätsrausch!“ — erklärte Emanuel Reichenberger 1934³⁵. Und weiter: „Wir empfinden es geradezu als Beleidigung, unser Deutschtum gegen irgend jemand zu verteidigen. Wir lehnen es nachdrücklich ab, unser Volkstum und die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft von irgendeiner Instanz . . . approbieren zu lassen.“ Und schließlich: „Heute ist die Aufgabe jeden Lagers: Pflege des Gemeinschaftsgeistes, Kampf gegen nationale Verketzerung, Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung, Festlegung eines gesamtvölkischen Programms, das auch dem Staatsvolk tragbar ist. Aus dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit wird und muß die praktische und lebendige Volksgemeinschaft, die Gemeinschaft der Tat, erstehen . . .“

Demgegenüber fanden die Einheitsparolen, wie sie von Turnverband und SHF kamen, vorübergehend bei einem Teil des Jungkatholizismus, vertreten durch den Bund „Staffelstein“ und die Zeitschrift „Stimmen der Jugend“, ein gewisses Verständnis.

Auf einer Tagung des erweiterten Führungskreises des Bundes „Staffelstein“ in Mariaschein im Juli 1933 — der Turnverband hatte gerade ein spektakuläres Turnfest in Saaz über die Bühne gebracht und seinen Erziehungsanspruch auf die gesamte sudetendeutsche Jugend erneuert — entschied man sich — *ohne* organisatorische Auflösung oder Selbstaufgabe — für eine *Unterstützung der sudetendeutschen Einigungsbewegung*.

Diese Entscheidung war für nicht wenige durchaus mit den Leitgedanken der Katholischen Aktion von einer Mittlerfunktion, einer Brückenstellung zwischen Einheit der Volksgruppe und Kirche vereinbar; aber sie löste für lange Zeit Mißverständnisse und böswillige Interpretationen aus.

Aber für den sudetendeutschen Jungkatholizismus ging es bis zuletzt um die *beiden großen Synthesen* von Deutschtum und katholischem Glauben sowie zwischen Deutschtum und der Nachbarschaft mit dem tschechischen Volk in den böhmischen Ländern als einer gesamtdeutschen und europäischen Aufgabe³⁶. Als Glied des Gesamtdeutschtums ganz auf dem Boden des gegebenen Staates zu stehen, alle Kraft aus dem fruchtbaren Boden der katholischen Religion zu ziehen und so besonders kräftige Zellen im Volksaufbau sein zu können — das war das Leitbild³⁷!

Auf Anregung vor Prälat Hilgenreiner verfaßte der damalige Dogmatiker an der Prager Theologischen Fakultät, P. Paulus Sladek OSA, einen ausführlichen, kritischen Artikel über die religiöse Lage der sogenannten nationalen Jugend unter den Deutschen der Tschechoslowakischen Republik, dessen Gedankenführung mit

³⁵ Der Führer. Kathol. kulturelle Monatsschrift 13 (1934) 39 f.

³⁶ Stimmen der Jugend 3 (Okt. 1934) 1 ff.

³⁷ Staffelstein 13 (Sept. 1933) 170.

der Aufforderung an die Seelsorger schloß, der religiösen Bereitschaft der nationalen Jugend in den Pfarrgemeinden in jeder Hinsicht entgegenzukommen³⁸.

Man konnte diesem Optimismus und dem *Vorschuß an Vertrauen* sicherlich mit Skepsis begegnen. Und möglicherweise lag tatsächlich eine Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und eine Unterschätzung der Gegenspieler vor. Aber diese Haltung, die eine Konzentration der nationalen Kräfte anstrebte, war auch charakteristisch für die kirchliche Arbeit. Das bereits 1928 gegründete Jugendreferat der Katholischen Aktion strebte den Zusammenschluß aller Jugendbünde an, und an vielen anderen Stellen gab es Ideen, Vorschläge und Initiativen. Man denke an den Vorschlag, in Prag eine nationale Pfarrei für die deutschen Katholiken zu errichten — oder an den Plan, das deutsche Egerland aus dem Erzbistum Prag herauszulösen und neben Leitmeritz ein zweites deutsches Bistum zu gründen!

Die Probleme, die dieser katholischen Aufbruchstimmung entgegenstanden, weil es auch in der sudetendeutschen Einigungsbewegung erhebliche a- und antireligiöse Relikte aus vergangenen Epochen, aber auch wachsende antiklerikale und atheistische Kräfte neueren Datums gab, wurden erst allmählich deutlich. Denn noch schrieb man ja das Jahr 1933/34!

Der Fragenkomplex um die weltanschaulich-kirchliche Orientierung der Einigungsbewegung verdient eine differenziertere Beurteilung, weil es zwischen einem Teil der führenden Kräfte in der Sammlungsbewegung Henleins und der jungkatholischen Bewegung eine ideelle Verbindung gab. Es war die ganzheitliche, anti-individualistische — auch antiparlamentarische — Staatsphilosophie *Othmar Spanns*, des Wiener katholischen Soziologen und Nationalökonomens, die von dem aus Böhmischem-Leipa stammenden *Walter Heinrich*, dem Assistenten Spanns und späteren Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien, in akademische Kreise der Jugendbewegung an der Prager Deutschen Universität eingebracht wurde, wo es zur Gründung des „Kameradschaftsbundes, Bund für volks- und sozialpolitische Bildung“, einer logen- oder ordensmäßig aufgezogenen elitären Gemeinschaft mit der Zeitschrift „Die junge Front“ kam.

Für die geistige Ausrichtung des KB war schon eine Tagung in Leitmeritz am 10. und 11. Oktober 1931 bedeutsam geworden. Eines der Hauptreferate hatte *Othmar Spann* gehalten, und *Walter Heinrich* hatte im Schlußreferat die große allgemeine Richtung aufgezeigt, die dann maßgebend wurde für die von *Konrad Henlein* und Freunden aus dem KB — vor allem *Walter Brandt* — gegründete Bewegung³⁹.

Um den Kameradschaftsbund, seine politische Philosophie, auch um die von ihm planmäßig besetzten Positionen in den Volksgruppenorganisationen — also um politische Macht — ging es bei den grundsätzlichen und später z. T. gehässigen Auseinandersetzungen, die in der Einigungsbewegung entbrannten.

Für die sudetendeutsche „Basis“ draußen im Land war die Philosophie Spanns zu abstrakt, die Diskussion zu „akademisch“, die breite Öffentlichkeit war davon durch den Alltag, durch die Kontroverse mit dem tschechischen Nachbar und durch

³⁸ Stimmen der Jugend 2 (Sept. 1934) 152.

³⁹ Junge Front 2 (Nov. 1931) 328.

die mehr oder weniger oberflächlichen Einheits-Schlagworte weitgehend abgeschirmt.

Polemik und Gegnerschaft von seiten der Nationalsozialisten und Feindseligkeit von antifaschistischer Seite, aber auch Vereinfachungen in den eigenen Reihen, die die Grenzen von der Spannschen Ganzheitsphilosophie zum totalitären Denken überschritten, begleiteten die Geschichte des Kameradschaftsbundes.

Othmar Spann selbst wurde vom offiziellen Nationalsozialismus abgelehnt, erhielt Redeverbot. Auch seinen Anhängern unter den Mitgliedern des KB wurde z. T. übel mitgespielt. Die ideologischen Gründe — vor allem die „Komplizenschaft mit Rom“ — sind im VII. Kapitel des 3. Buches von Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ nachzulesen.

Es darf nicht übergangen werden, was im Rahmen der sudetendeutschen Einigungsbewegung der Kameradschaftsbund als geistige Gemeinschaft bedeutete. Es war nach der geistigen Ebbe des auslaufenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts für die sudetendeutsche Entwicklung ein ungewöhnlicher Vorgang — wie der erwähnte Augustinerpater und Dogmatiker P. Paulus Sladek in einer kritischen Analyse feststellte —, daß junge, völkisch gesinnte sudetendeutsche Akademiker und Intellektuelle durch Spanns Philosophie zu metaphysischem Denken und damit zur Anerkennung transzendenter Wahrheiten und Ordnungen angeregt wurden⁴⁰. Für manchen wurde Spann ein Wegweiser zum Verständnis der katholischen Kirche, und von einigen Vertretern des KB wurde auch für die praktische Arbeit in der Volksgruppe das Recht und die Bedeutung der Kirche und der Seelsorge für Jugend und Volk anerkannt.

Aus diesem Grund war es auch möglich, daß sich die Kontakte zwischen katholischen Bünden und dem Deutschen Turnverband vorübergehend — mit der Zeit allerdings nicht ohne Ernüchterung und Rückschläge — auf einer von Verständnis und Vertrauen getragenen Grundlage bewegten.

Als 1937 der Gedanke einer „Volksjugend“ aktuell wurde, dem dann im Mai 1938 die formelle Eingliederung folgte, führten Dr. v. Hoffmann und Richard Hackenberg namens der katholischen Bünde konkrete Verhandlungen mit der Führung des Turnverbandes, bei denen es um Gottesdienstbesuch, um die Gründung religiöser Arbeitskreise in der Pfarrgemeinde u. ä. im Rahmen dieser angestrebten „Volksjugend“ ging.

Natürlich gab es Schwierigkeiten und Widerstände, aber die Dinge lagen eben selbst 1937/38 teilweise erheblich anders als in Hitler-Deutschland. Dann allerdings fegte die lawinenartige Entwicklung ab Sommer 1938 auch diese sudetendeutsche Sonderentwicklung hinweg.

VI

Als das Jahr 1933 zu Ende ging, zeigte die sudetendeutsche Einigungsbewegung ein doppeltes Gesicht:

1. Da war zum einen die Entwicklung in der neuen Partei, der SHF, die nun — 1934 — auf Konsolidierung und Mäßigung ausgerichtet war.

⁴⁰ Unveröffentl. Manuskript von P. Paulus Sladek OSA; In: Staffelsteinarchiv München.

Es ist nicht zu widerlegen, daß bei führenden Kräften der SHF in dieser ersten Phase, als der Kameradschaftsbund maßgebend war, eine Bereitschaft zur Mitarbeit im Staat zu einem mit Selbstverwaltung gekoppelten Aktivismus bestand.

1933 war ja auch das wirkungsvolle Buch von *Walter Simon* über „Sudetendeutsche Selbstverwaltung“ erschienen.

Sogar die „Sozialistische Aktion“, das Blatt der innerparteilichen sozialdemokratischen Opposition mit starker theoretischer Fundierung, hielt damals die Zusammenarbeit der SHF — natürlich ohne den irredentistischen Flügel — mit tschechischen Bürgerlichen in einer übernationalen Rechtskoalition für möglich: Am 1. November 1934 kam das Blatt in einem Artikel unter der Schlagzeile: „Henleins Chancen steigen“ zu dem Schluß: Die tschechische Bereitschaft, den Ministersessel Dr. Czechs, des sozialdemokratischen Aktivisten, „für einen deutschen Faschisten“ zu reservieren, wächst mit jedem Tag ⁴¹.

2. Doch zur selben Zeit formierte sich auch die Opposition der kompromißlosen Nationalsozialisten, die seit 15. September 1933 in der Zeitschrift „Aufbruch. Das Blatt der Kommenden“ ihr Organ hatten und auch über eine intellektuelle Führungsschicht in akademischen Gruppen verfügten. Der „Aufbruch“ nahm den Rassestandpunkt ein, prangerte die Verjudung in Wirtschaft, Kultur und Politik an, erneuerte den alten Antiklerikalismus und machte die These vom Gegensatz zwischen Kirche und Volksgemeinschaft, zwischen christlicher und „völkischer“ Weltanschauung zur zentralen Aussage. Damit war auch Othmar Spann und dem Kameradschaftsbund der Kampf angesagt.

Man sollte bei den Richtungskämpfen und Auseinandersetzungen zwischen „Aufbruch“ und „Kameradschaftsbund“ nicht von Katzbalgereien und von einem Froschmäusekrieg sprechen, wie es J. W. Brügel tut ⁴²!

Diese Auseinandersetzung war weltanschaulicher und grundsätzlicher Art, sie hatte auch eine enorm politische Seite. Die Monatsschrift „Der Sudetendeutsche“ des „Sudetendeutschen Heimatbundes“, die seit längerem in Berlin erschien, wurde 1933 linientreu und übernahm die Diktion eines Hetzblattes; sie ging zu diesem früheren Zeitpunkt im „Kampf gegen die SHF“ ⁴³ und in der Polemik gegen Spann und den Kameradschaftsbund voran, bis ab ca. 1936/37 entsprechend der offiziellen Weisung die Führungsposition Konrad Henleins nach außen gestützt wurde.

Der Satz im „Aufbruch“ Ende 1933: „Wenn die Sudetendeutsche Einheitspartei wirklich in Erscheinung treten sollte, stellt sie nur einen Übergang dar . . .“, hat sich bewahrheitet.

Eine Kontinuität lag nur beim Namen Konrad Henleins — Ausdruck einer auch tragischen Entwicklung, wie u. a. Gustav v. Schmoller bei der Besprechung des Buches von Smelser es formulierte ⁴⁴.

⁴¹ Sozialistische Aktion, Jg. 1 v. 1. Nov. 1934.

⁴² Brügel: Tschechen und Deutsche 1967, 246.

⁴³ Der Sudetendeutsche (1934) H. 9.

⁴⁴ FAZ v. 7. Juli 1983.

VII

1935 — ein wichtiges Jahr für die Entwicklung der Einigungsbewegung — brachte zu Beginn noch eine anscheinend verständnisvolle Fortsetzung der Kooperation und Annäherung bei einer Tagung des Führerrates der Sudetendeutschen Jugendgemeinschaft in Reichenberg. Man sprach wieder vom Zusammenwachsen zur Einheitsorganisation, und in einer Entschließung war auch von der Erziehung zur Ehrfurcht vor dem Religiösen und von einer selbständigen Erziehung des religiösen Menschen die Rede.

Doch das Problematische der Sache und der Situation blieb damals bereits nicht mehr verborgen. In Kreisen der katholischen Bünde⁴⁵ sprach man offen von den Chancen und Risiken, ja den Sorgen⁴⁶ angesichts mancher Verständnislosigkeit, angesichts des deutlichen Defizits an wirklich religiöser Substanz in weiten Kreisen und des Wachsens liberaler, antikonfessioneller Vorurteile und offen atheistischer Tendenzen, die den Gesamterziehungsverband lähmen könnten.

An einen „Rückzug ins katholische Ghetto“ dachte der sudetendeutsche Jungkatholizismus auch weiterhin nicht.

Dann aber warfen die für den Mai 1935 anstehenden *Parlamentswahlen* ihre Schatten voraus: Der Konflikt zwischen „Aufbruch“ und KB trat vorübergehend zurück, auch die Radikalen setzten auf Henlein und seine Einheitspartei.

Von Bedeutung war, daß die Kluft zu den aktivistischen Parteien tiefer wurde, daß Stil und Niveau des Wahlkampfes teilweise betrüblich niedrig und primitiv waren.

Entscheidend aber war natürlich der *Ausgang der Wahl* vom 19. Mai 1935:

Die Sudetendeutsche Partei wurde mit 15,2 % der Stimmen die stärkste Partei der Republik — vor der stärksten tschechischen Partei, den Agrariern, die auf 14,3 % kamen. Nur durch die Umrechnung der Stimmen in Parlamentssitze erhielt die Partei Henleins einen Sitz weniger, 44 gegen 45 der tschechischen Agrarier.

Mit 67 % repräsentierte die SdP zwei Drittel der deutschen Wähler, das andere Drittel fiel zur Hälfte an die sudetendeutschen Sozialdemokraten, deren bisheriger Stimmenanteil halbiert wurde, und zur anderen Hälfte an die Christlichsozialen und die Agrarier, die nur noch auf ein Drittel ihrer bisherigen Stimmen kamen. Von den 66 deutschen Mandaten hatten die SdP 44, die Sozialdemokraten 11, die Christlichsozialen sechs und die Agrarier fünf.

Die Ankündigung in der Osterfolge der SdP-Parteizeitschrift „Rundschau“⁴⁷ mit dem Leitartikel „Auferstehung zur Volksgemeinschaft“ und den im Hinblick auf die bevorstehende Wahl formulierten Sätzen: „Ahnendes Wollen wird zum stürmischen Müssen . . . So wie der starke göttliche Wille über das irdische Golgotha gesiegt hat, so ist das Sudetendeutschtum aus dem dumpfen Bann alter Zeiten erstanden . . . Das Sudetendeutschtum feiert seine politische Auferstehung . . .“ schien voll bestätigt, und die wiederkehrende Schlagzeile vom „überwältigenden Sieg der Einheit“ war bei einer rein quantitativen Betrachtungsweise nicht unrichtig.

⁴⁵ Verf. war selbst 1934/35 Jungbundesleiter des Bundes Staffelstein.

⁴⁶ Stimmen der Jugend 3 (1935) H. 5, S. 80.

⁴⁷ Rundschau Jg. 2. H. 17 v. 21. 4. 1935.

Doch hinter dem emotionalen Überschwang und den starken Worten verbargen sich — noch ausgeprägter als bisher, weil das Wählerpotential immer weniger homogen sein konnte — die alten und einige neue Richtungskämpfe⁴⁸.

Noch entscheidender jedoch als der hohe Wahlsieg der SdP war für den Fortgang der Dinge etwas anderes, ein vielfach unterschätzter und vielleicht auch unbekannter Umstand:

Unmittelbar nach der Wahl hatte Konrad Henlein an Staatspräsident Masaryk, der im Vorjahr zum viertenmal als Staatsoberhaupt gewählt worden war, ein Telegramm gerichtet, in welchem er die Bereitschaft zur Mitarbeit im Staat und zur Verantwortung zum Ausdruck brachte. Der Kernsatz lautete: „... Möge die Wahlentscheidung von jenen, die nach Verfassung und Geschichte als unsere Partner in der Verantwortung stehen, als erste Voraussetzung für die Sicherung eines harmonischen Zusammenlebens der Völker unseres Staates im Geiste der gegenseitigen Achtung, des Friedens und der menschlichen Wohlfahrt empfunden und praktisch gewertet werden...“⁴⁹.

Es wird wohl nicht mehr zu klären sein, wie es kam, daß Henlein und die durch ihn repräsentierte größte deutsche Partei auf dieses grundsätzliche Angebot nicht nur keine Antwort, sondern nicht einmal eine Empfangsbestätigung erhielt.

Diese nur als Brüskierung zu wertende Abweisung vom Mai 1935 sollte in ihrem Gewicht nicht unterschätzt und als Zäsur auch für die Einigungsbewegung erkannt werden.

Denn nun erhielten jene Kreise in der Volksgruppe einen mächtigen Auftrieb, die schon immer von der grundsätzlichen tschechischen Intransigenz überzeugt waren — und auch davon, daß sich die tschechische Politik in erster Linie gar nicht gegen Hitler, sondern gegen das Sudetendeutschtum richtete und kein tragfähiger Wille zu ehrlicher Zusammenarbeit bestand.

Endgültig wuchs die Erkenntnis, daß sich zu viele Tschechen einer konstruktiven Partnerschaft versagten — sei es aus Angst, sei es aus Aversion, ja aus Haß.

Es kam zur entscheidenden *Wende in der SdP* — und wohl auch zu einem inneren Wandel bei Konrad Henlein als Mensch, von dem berichtet wird⁵⁰, daß er von einer an ihm bisher unbekannteren Resignation erfaßt wurde. Noch mehr maßgebenden sudetendeutschen Politikern schien es nun nicht mehr möglich, weiter auf die tschechische Karte zu setzen im Sinn einer Mitwirkung der Sudetendeutschen Partei in einer übernationalen konservativen Koalition. Bei nicht wenigen bedeutete diese Zäsur von 1935, daß nun die Neigung wuchs, jenen Kräften nachzugeben, die schon lange auf Hitler setzten.

Das ging nicht von heute auf morgen.

Aber der „Aufbruch“ startete zum ideologischen Angriff⁵¹. Da wurde die sudetendeutsche Volksgruppe zum geistigen Schlachtfeld hochstilisiert, es wurde von einer großen Entscheidung gesprochen, die fällig sei, der „Kampf zweier Welten“ wurde beschworen: Wien/Habsburg wurde zum Vorposten Roms gegen das Deutsch-

⁴⁸ Smelser 1980, 117—129. — Neuwirth 1962, 153 ff.

⁴⁹ Ebenda 163.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Aufbruch vom 3. April 1935.

tum, es ging um römische Universalität, die wieder einmal, nun im Zeichen der Actio Catholica und der Spansschen Universalitätslehre, offensiv wurde. Durch den KB und die Anhänger Spanss werde ein bedauerlicher Einfluß in den verschiedensten politischen Bereichen ausgeübt und in einem Generalangriff römischer Geist eingetrüfelt, um einen Keil zwischen Sudetendeutschtum und Muttervolk zu treiben.

Diesen Hinweis auf den permanenten Kampf Roms gegen das ewige Deutschtum kann man bereits als Begleitkommentar dieser weltanschaulichen Kräfte zu einem weiteren Ereignis deuten, das 1935 die Einigungsbewegung der Sudetendeutschen berührte und im Innern in Frage stellte.

Es war der *gesamtstaatliche Katholikentag*, der Ende Juni 1935 in Prag stattfand.

Nur zwei Gesichtspunkte seien herausgehoben:

1. Zum einen war der Katholikentag von kirchlicher Seite, d. h. von den Bischöfen, als wirklich gesamtstaatliches Unternehmen konzipiert, mit großen Möglichkeiten der Selbstdarstellung der einzelnen Völker und Volksgruppen — auch und besonders der Sudetendeutschen. Es gab ja auch nicht *mehr* gemeinsame Veranstaltungen — nämlich nur zwei übernationale große Gottesdienste —, als es die nationale Problematik des Staates zuließ. Das deutsche Programm war quantitativ und qualitativ beachtlich; der Spielraum für die Selbstdarstellung des sudetendeutschen Katholizismus in Prag — auch bei Aufmärschen der Jugend — erfuhr keine Einschränkung.

Doch der Katholikentag war auch ein Politikum nach außen und sollte das aus etlichen Gründen ramponierte Verhältnis zwischen Prag und dem Vatikan endlich in Ordnung bringen. Das gelang auch, u. a. durch die Auswahl des Päpstlichen Legaten für Prag durch Pius XI.: es war der französische Kardinal Verdier⁵².

2. Zum anderen gab es beim Katholikentag im Hinblick auf die sudetendeutsche Sammlungsbewegung noch einen besonderen Aspekt:

Die von den katholischen Bündeln — aus der Mentalität der Katholischen Aktion heraus — erwartete *Beteiligung der sudetendeutschen Volksgruppe* als solcher am Katholikentag im Rahmen der Pfarrgemeinden und der Pfarrjugend — also unabhängig von den katholischen Verbänden — *blieb aus!*

Zwar waren die 60 000 deutschen Teilnehmer eine qualifizierte Repräsentanz des Sudetendeutschtums, sie waren begeistert, hatten tiefe Erlebnisse, die Veranstaltungen hatten Niveau, und die Presse konnte feststellen, daß *Jugend und Intelligenz* zu Trägern der katholischen Bewegung im Sudetendeutschtum geworden seien.

Es wurde aber auch deutlich ausgesprochen, daß kaum 10% der deutschen Teilnehmer keinem katholischen Verband oder Verein angehörten. Und nicht ohne Genugtuung wurde betont, daß sich „die katholischen Vereine als die selbstlosen, gehorsamen, disziplinierten und erfolgreichen Träger der Katholischen Aktion erwiesen“ hatten⁵³.

Damit war die Hoffnung der Jungkatholiken, von kirchlicher Seite in die sich

⁵² Nittner: Staffelstein 1983, 247 ff.

⁵³ Ebenda 252 f.; Zitat: A. Trenkler: Was lehrt uns der Katholikentag für unsere Arbeit? Der Führer (Sept. 1935) 136 ff.

abzeichnende Einigung der Volksgruppe etwas Entscheidendes einbringen zu können, ganz erheblich gedämpft. Ernüchterung und Enttäuschung waren beträchtlich; es wuchs eine innere kritische Distanz gegenüber dem Einheitstrend — es blieb aber trotz allem das Vertrauen in die eigene Sache und die Überzeugung von der Richtigkeit des Zieles: die große Synthese von Volk und Glauben!

VIII

Für die nun noch folgenden drei Jahre, in denen das Thema „Einigungsbewegung“ überhaupt noch aktuell sein konnte, sind noch einmal zwei Phasen zu unterscheiden: — Eine erste, das Jahr 1936 und einen Teil von 1937 umfassend, stand im Zeichen der durch den zahlenmäßigen Wahlsieg 1935 erreichten eindeutigen Position Konrad Henleins.

In dieser Epoche sudetendeutscher Geschichte versuchte der *Aktivismus* — nun repräsentiert durch die „Jungaktivisten“ Wenzel Jaksch (40), Gustav Hacker (36) und Hans Schütz (35), die schon ein Jahr vorher, am 26. April 1936, gemeinsam ostentativ ihren warnenden und an die Vernunft der tschechischen Politik appellierenden Vorstoß in drei Parallelveranstaltungen unternommen hatten⁵⁴ — nun zum letztenmal im Februar 1937 *konstruktive Politik mit dem tschechischen Partner*.

In dieser Phase übte Hitler außenpolitisch scheinbar noch Abstinenz, auch gegenüber der Tschechoslowakei. Er engagierte sich zwar im Spanischen Bürgerkrieg, und 1936 wurde das Jahr der Rheinlandbesetzung, aber unmittelbar darauf hielt er seine sogenannte „Friedensrede“ im Reichstag; es war das Jahr des Vierjahresplans und auch der für die Image-Pflege so wichtigen Berliner Olympiade.

— 1937 vollzog sich der Wandel: Es begann die zweite Phase, die letzte: Sie stand unter anderem Vorzeichen. Die Politik Hitlers wurde offen aggressiv, die große Besprechung vom 5. November ist ein Markstein. Und es ist wohl kein Zufall, daß aus demselben Monat die mit 19. November 1937 datierte Denkschrift Henleins an den Führer und Reichskanzler stammt⁵⁵.

Über die als offensives Startsignal gewertete Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938, in welcher Österreich und die Tschechoslowakei direkt angesprochen wurden, über den Anschluß Österreichs, der politisch und psychologisch in der Sudetenfrage eine Lawine auslöste, über das Ende der beiden nicht-sozialistischen aktivistischen Parteien und die wohl auf eine „Lösung“ abzielende Unterredung zwischen Hitler und Henlein am 28. März mit der hierauf basierenden Karlsbader Rede Henleins vom 24. April 1938 mit den acht Forderungen führte der Weg zu den erwähnten Maiereignissen, womit die Einigungsbewegung als sudetendeutsche Einheitsbewegung abgeschlossen war, denn von innerstaatlichen Alternativen, aber auch von Eigenständigkeit innerhalb der Volksgruppe konnte nun keine Rede mehr sein.

⁵⁴ Auszüge aus den Reden der Jungaktivisten bei den drei Kundgebungen in Saaz, bzw. Gießhübel und Bodenbach in: N i t t n e r : Dokumente 1967, n. 84 a), b) und c).

⁵⁵ Der umfangreiche Bericht Konrad Henleins für den Führer Ad. Hitler ist abgedruckt in: Akten zur deutschen auswärt. Politik. Serie D, Bd. 2: Deutschland und die Tschechoslowakei 1937/38, Nr. 23, S. 40—50.

In diesen letzten Jahren zwischen 1937 und 1938 war die Bewegung vom *Partner* des tschechoslowakischen Staates zum *Reflex* der nationalsozialistischen Machtpolitik geworden. Hitler wollte den inneren Konflikt, den die Sudetendeutschen herbeizuführen hatten, zur Intervention ausnützen.

Daß dabei für viele Hoffnung auf Hitler und Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung zweierlei blieben — aber doch ineinander übergingen —, mag nicht leicht zu verstehen sein, kann aber nicht in Frage gestellt werden.

Es war der *Abgang der sudetendeutschen Politik*, als am 27. Januar 1937 die aktivistischen Parteien ihre Denkschrift zur Lösung der Sudetenfrage einbrachten und im Februar auch die Sudetendeutsche Partei die Forderung nach Selbstbestimmung erneuerte, die durchaus noch an die Gedanken von Walter Simon über sudetendeutsche Selbstverwaltung erinnerte. Im Tonfall unterschied sich die SdP-Aussage erheblich, in der Sache keineswegs entscheidend von der der Aktivisten⁵⁶.

Die tschechische Reaktion vom 18. Februar bestand nur in Regierungsbeschlüssen, also Empfehlungen an die untergeordneten Behörden, hatte keinen Gesetzgebungscharakter. Das Ganze war wohl ein Ansatz, blieb aber stecken durch das bekannte „Bremsen von oben und Sabotieren von unten“. „Totgeburt“ nannte es der nationalsozialistische „Sudetendeutsche“ in Berlin⁵⁷.

IX

Es ist kaum möglich, eine über den organisatorischen Zusammenschluß und über die einheitliche Stimmabgabe — über 90 % für die SdP bei den Kommunalwahlen im Mai/Juni 1938! — hinausgehende Übereinstimmung auch in den Grund- und Wertvorstellungen sowie in den Zielen nachzuweisen.

Auch die aus taktischen Gründen von Berlin befohlene Einigung auf die Person Konrad Henleins sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß von der Sudetendeutschen Partei als einer homogenen und geistig geschlossenen Bewegung nie gesprochen werden konnte.

Die Zielsetzung des einst elitären Kameradschaftsbundes waren durch die sehr heterogenen Wählermassen abgeschliffen, Nachdenklichkeit war nicht mehr gefragt.

Das Gefälle wird deutlich, wenn man an Hand der „Rundschau“ drei der bekanntesten Reden Konrad Henleins vergleicht: in Böhmisches-Leipa (Oktober 1934), in Eger (Juni 1936) und in Aussig (März 1937). Die Phrasen nahmen zu, das Selbstbewußtsein wurde intolerant, die Erwähnung christlicher Wertvorstellungen und der Bedeutung der Kirche für das Volk wurden immer unverbindlicher und seltener. „Führer“, „Kampf“, „Fahne“, „Treue“ wurden zentrale Vokabeln, „Die Treue geht durchs Land“ eine Standardparole.

Die Einheitspartei stellte Monopolansprüche: Wer nicht in ihren Reihen stand, wurde zum Gegner der Volksgemeinschaft, die bereit war, „ihr Geschick nach einer

⁵⁶ Die Denkschrift ist abgedruckt in Nittner: Dokumente 1967, n. 87. — Zur Denkschrift und den tschechischen Regierungsbeschlüssen auch Schütz, Hans: Der 18. Feber 1937. Sudetendeutsche Arbeit 14 (1938) 4 ff.

⁵⁷ Der Sudetendeutsche (1938) H. 4.

großen Idee zu gestalten“. Und die Idee war „die lichtvolle Gestaltung der sudetendeutschen Zukunft“.

Zu dieser schwülstigen Welle, in der sich Lautstärke und Überheblichkeit gegen Substanz durchsetzten, gehörte für die Parteipresse auch der Führerkult — wohl ganz im Widerspruch zum Wesen Konrad Henleins —, sehr deutlich zum 39. Geburtstag Henleins am 6. März 1937: Die Laudatio der „Rundschau“, „Konrad Henlein, wir danken, Konrad Henlein, führe uns weiter, wir folgen dir“, endete mit dem Satz: „Geballte männliche Kraft, Kampf und Zucht — das ist unser Führer . . .“

In dieser letzten Phase der Einheitsbewegung waren auch die großen Ideen Othmar Spanns z. T. zu einer platten, in totalitäre Zielsetzungen übergehenden Uniformitätsideologie abgesunken, in welcher die Eigenverantwortlichkeit und eigengesetzliche Aufgabenstellung von Lebensbereichen wie Wirtschaft, Kultur, Erziehung oder Wissenschaft einer formalen Befehlsstruktur, der Führung von oben nach unten, untergeordnet waren⁵⁸.

Eine totale Volksideologie verdrängte Pluralität, Vielfalt und Freiheit. Auch ein sudetendeutsches Selbstverständnis, eine sudetendeutsche „Identität“ wurde schließlich negiert, als z. B. in der parteioffiziellen „Rundschau“ ein absoluter Wert „deutsche Kultur“ postuliert und die Möglichkeit differenzierterer Betrachtung gelehnt wurde: „Es gibt nur einen Strom deutschen Geisteslebens, der sich immer wieder aus der Tiefe deutschen Volkstums neue Kräfte holt . . .“ Und dann erfolgte die massive Absage an „jede sudetendeutsche Sonderkultur“⁵⁹.

Damit war eine nahezu totalitäre Richtung eingeschlagen, und es paßt in dieses Bild, daß im Mai 1936 auch der Versuch einer *politischen Säuberung* unternommen wurde.

Bei der Begründung spielten nach außen ideologische Argumente kaum eine Rolle, da ging es um Disziplin und Geschlossenheit.

In großen Schlagzeilen verkündete die „Rundschau“⁶⁰: „Tag der Läuterung! Wir schlagen zu!“ und erklärte den Kampf den Klüngeln und Kasten, d. h. dem Kreis um den „Aufbruch“ und den „akademischen Separatisten“. Die Gilde „Ramphold Gorenz“ und Namen von Sudetenführern wurden genannt als „blinde Willensvollstrecker eines im Verborgenen arbeitenden Zirkels von Leuten, die auch seinerzeit schon in der alten NS-Partei in ähnlichem Sinn gearbeitet haben“. Es geht gegen „Klüngelterror, Intrigen, hohle Phrasen, üble Nachrede und anonyme Verleumdung“. „Darum, Kameraden, reinen Tisch gemacht!“ — Rudolf Sandner wurde mit der Durchführung der Säuberungsaktion beauftragt und mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Parteiausschlüsse wurden bekanntgegeben.

Man kann hier — immer im Hinblick auf die sudetendeutsche Einheitsbewegung — die berechtigte Frage stellen, inwieweit es nur um Machtkämpfe und um Disziplinierung ging und wo um Gedanken, wo der geistige Kampf unvermindert, wenn nicht verstärkt, weiterging.

⁵⁸ Am deutlichsten: Vom Teil zum Ganzen. Volksdienst Jg. 7. Febr. 1938.

⁵⁹ Rundschau Jg. 4. H. 18 v. 1. 5. 1937.

⁶⁰ Rundschau Jg. 3. H. 22 v. 30. 5. 1936.

Denn gleichzeitig propagierte der „Aufbruch“ seine Weltanschauung, diffamierte die Katholische Aktion als Tarnung des politischen Katholizismus, betonte die Ewigkeit des Volkes und der Rasse:

„Die völkische Erneuerungsbewegung geht zu tieferen Wurzeln zurück . . . sie glaubt an die Ewigkeit der Nation und der Rasse, an die ewig junge Kraft des Blutes als Quelle des Lebens. Und wo Blut gegen Geist steht, da kann der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein! . . .“⁶¹

Für die letzten beiden Jahre vor „München“ sind noch einige ergänzende Hinweise angebracht:

Für den Sommer 1936 kann belegt werden, daß das Interesse bei der Reichsregierung für die sudetendeutschen Angelegenheiten noch relativ gering war, obwohl das Auswärtige Amt die Kontroversen in der Sudetendeutschen Partei genau beobachtete.

Gleichzeitig jedoch — Smelser arbeitet diesen Aspekt heraus — wuchs die finanzielle Abhängigkeit der SdP. Smelser urteilt⁶²: „Die Suche nach Verbündeten brachte Henlein mit immer radikaleren Kreisen in Berührung und schließlich in deren Abhängigkeit. Henlein war nicht mehr Herr seiner Bewegung.“

In diesem Zusammenhang hat man auch das ominöse Wort Henleins vom 21. Juni 1936 „Ich will lieber mit Deutschland gehaßt werden, als aus dem Haß gegen Deutschland Vorteile zu ziehen“⁶³ als einen vielleicht ersten, aber bedeutenden Schritt zur Identifizierung mit dem real existierenden Deutschland gedeutet.

Seit der Jahreswende 1936/37 befand sich die Führung der Einheitspartei wohl bereits in dem „Teufelskreis ideologischer, bürokratischer, finanzieller und persönlicher Entwicklungen mit Organisationen im Reich, von denen sie sich kaum mehr freimachen konnte, ohne die schwer errungene Position in der politischen Arena des Sudetendeutschums zu verlieren“⁶⁴.

In eine ähnliche Richtung weist auch die kritische Frage, ob die Führung der Sudetendeutschen Partei nicht einen recht bedenklichen Weg beschritt, als sie das sudetendeutsche Problem durch die Kontakte mit Großbritannien auf das Feld der internationalen Politik übertrug. Dieser Schritt erleichterte und beschleunigte die Einmischung Hitlers und lieferte dem „Führer und Reichskanzler“ die sudetendeutsche Frage schließlich aus — bis Henlein von jenseits der Grenze als politischer Flüchtling die Parole ausgab: Wir wollen heim ins Reich!

Man sollte hierbei an die erschütternden Äußerungen denken, die von Konrad Henlein aus einem Gespräch überliefert sind, das beim Zusammenbruch im Mai 1945 im Teplitzer Hotel Dietrich geführt wurde — Worte voller Erbitterung und Anschuldigungen über Verlogenheit, Entmachtung und Mißbrauch seines Namens.

Alfons Clary-Aldringen war damals Henleins Gesprächspartner — einer der letzten —, und der „alte Österreicher“ berichtet davon in seinen Erinnerungen⁶⁵.

⁶¹ Aufbruch, 2. Juniwoche 1935.

⁶² Smelser 1980, 146.

⁶³ Deubner: Konrad Henlein 1938, 70.

⁶⁴ Smelser 1980, 148.

⁶⁵ Clary-Aldringen, Alfons: Geschichten eines alten Österreichers. Frankfurt-Berlin-Wien 1977, 255.

X

Zusammenfassung

1. Die sudetendeutsche Einigungsbewegung der 30er Jahre wurzelte in geschichtlichen Voraussetzungen der böhmischen Länder, d. h. in der deutsch-tschechischen Nachbarschaft und in den nationalen Spannungen seit dem 19. Jahrhundert.

Die Gründung des tschechoslowakischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg verstärkte die nationale Polarisierung.

Kooperation und Zusammenschluß von Verbänden und das Streben nach Konzentration gesellschaftlicher Kräfte zur Wahrung volklich-nationalen Besitzstandes kennzeichneten seit 1848 sowohl den Weg der Tschechen als auch den der deutschen Volksgruppe.

2. In der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurde von tschechischer Seite die nationale Abgrenzungsideologie in konkrete nationalstaatliche Politik umgesetzt. Das führte zur Verweigerung der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen und zu deren Ausschluß von der staatlichen Mitverantwortung.

Dies hatte in weiten Kreisen der Volksgruppe das verstärkte Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft und einen Trend zu nationaler Sammlung zur Folge.

Dadurch aber wurde erneut das tschechische Mißtrauen gegen die Deutschen im Staat genährt.

3. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Etablierung des NS-Staates übten keine unmittelbare Wirkung auf die sudetendeutsche Einigung aus.

Die sudetendeutsche nationalsozialistische Partei (DNSAP), die bei Wahlen über einen deutschen Stimmenanteil von einem Achtel nie hinauskam, hatte ebenso wie ihr tschechisches Pendant ihre ideologischen, politischen und nationalen Voraussetzungen in der Arbeiterbewegung der Habsburgermonarchie. Ein Vergleich mit dem Nationalsozialismus und der NSDAP der Weimarer Republik ist nur differenziert und mit erheblichen Einschränkungen möglich.

Auch der großdeutsche Gedanke war ein Erbe des 19. Jahrhunderts. 1918/19 war der Anschluß der Sudetengebiete an Österreich und das Deutsche Reich von allen politischen Gruppen, auch der damals stärksten Partei, den Sozialdemokraten, angestrebt worden.

4. Das staatliche Vorgehen gegen den sudetendeutschen Irredentismus fiel in die Zeit vor der „Machtergreifung“.

Die Auflösung der DNSAP und der konservativen Nationalpartei führte einerseits zur Gründung einer neuen Sammelpartei (SHF/SdP) und ermöglichte deren rapides Wachsen; andererseits gab sie den überzeugten Nationalsozialisten die Möglichkeit, als Emigranten im und für den Staat Hitlers tätig zu werden, oder im Lande selbst die sudetendeutsche Einigungsbewegung zu beeinflussen.

Die Führungsschicht der neuen Sammelbewegung hatte jedoch ihr geistiges Fundament zunächst in konservativ-universalistisch-ständestaatlichen und autonomistischen Grundvorstellungen, die von den Radikalen bekämpft wurden. —

Das in der Jugendbewegung verankerte Erneuerungs- und Gemeinschaftsdenken kam der nationalen Konzentration zugute.

5. Die Einwirkung des Hitlerstaates auf die sudetendeutsche Einigungsbewegung wuchs um 1935/36, als Machtentfaltung, scheinbare Leistungen und äußere Erfolge Ausdruck einer nationalen Erneuerung, wirtschaftlicher Erholung und sozialer Konsolidierung zu sein schienen.

Wirksame Propaganda und der radikale Flügel in Henleins Sammlungsbewegung förderten diese Entwicklung; auch finanzielle Unterstützung spielte zunehmend eine Rolle.

In ideologischer Hinsicht stand im Vordergrund eine selektive Übernahme von Bruchstücken und eine Teilidentifikation mit dem NS-Programm, z. B. hinsichtlich der Revision der Pariser Vorortverträge von 1919/20, eines verbreiteten Antikommunismus, der Parlamentarismuskritik u. ä.

Außerdem behielt in der sudetendeutschen Volksgruppe der auf Synthese von Volk und Glauben und damit auf Integration und Verantwortung der Kirche für die Volksgruppe ausgerichtete Jungkatholizismus einen starken — wenn auch später beeinträchtigten — Einfluß über 1938 hinaus.

6. Bedeutung hatte naturgemäß in der letzten Phase vor „München“ der Anschluß Österreichs und damit die Erneuerung des großdeutschen Gedankens. Dieser erhielt zusätzliches politisches Gewicht, weil sich die Überzeugung durchsetzen konnte, daß von der tschedischen Seite ein Beitrag zu einer konstruktiven Lösung der sudetendeutschen Frage nicht mehr zu erwarten war.

Dem sudetendeutschen Aktivismus und der autonomistischen, auf dem Boden des Staates stehenden Richtung in der Partei Konrad Henleins wurde dadurch das politische Gewicht genommen. Die radikalen, den „Anschluß“ anstrebenden Kräfte setzten sich weitgehend durch.

Entscheidend wurde schließlich die Aggression Hitlers, als die Westmächte die Revision von Saint Germain billigten, mit einer Abtretung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei einverstanden waren und in der sudetendeutschen Volksgruppe selbst — trotz Fehlens innerer Geschlossenheit und ideeller Homogenität — die durch organisatorischen Zusammenschluß und durch psychischen Druck gebündelte Einheitsbewegung gelenkt und den Zielen entsprechend eingesetzt werden konnte.